



**Dritte Satzung
zur Änderung der Prüfungs- und Studienordnung
für den Bachelorstudiengang
Materialwissenschaft und Werkstofftechnik
an der Universität Bayreuth**

Vom 25. Juli 2019

Auf Grund von Art.13 Abs. 1 Satz 2 in Verbindung mit Art. 58 Abs. 1 Satz 1 und Art. 61 Abs. 2 Satz 1 des Bayerischen Hochschulgesetzes (BayHSchG) erlässt die Universität Bayreuth folgende Änderungssatzung:*)

§ 1

Die Prüfungs- und Studienordnung für den Bachelorstudiengang Materialwissenschaft und Werkstofftechnik an der Universität Bayreuth vom 25. Juli 2014 (AB UBT 2014/040), zuletzt geändert durch Satzung vom 25. Mai 2018 (AB UBT 2018/027), wird wie folgt geändert:

1. In § 4 Abs. 3 Satz 6 wird nach dem Wort „Aufgaben“ der Passus „an Mitglieder des Prüfungsausschusses“ eingefügt.
2. § 5 wird wie folgt geändert:
 - a) In Abs. 1 Satz 1 wird der Passus „Bayerischen Hochschulgesetz“ durch den Passus „BayHSchG“ ersetzt.
 - b) In Abs. 3 Satz 2 wird der Passus „nach dieser Satzung“ durch den Passus „gemäß Abs. 1“ ersetzt.
3. In § 6 Abs. 2 wird die Ziffer „3“ durch die Ziffer „2“ ersetzt.

*) Mit allen Personen- und Funktionsbezeichnungen sind Männer und Frauen in gleicher Weise gemeint. Eine sprachliche Differenzierung im Wortlaut der einzelnen Vorschriften wird nicht vorgenommen.

4. § 7 wird Abs. 1 wie folgt neu gefasst:

„(1) Voraussetzungen für den Zugang zum Studium sind:

1. eine Hochschulzugangsberechtigung gem. Art 42 ff. BayHSchG i.V.m. der Qualifikationsverordnung (QualV) oder eine äquivalente ausländische Hochschulzugangsberechtigung; für beruflich Qualifizierte gilt darüber hinaus die Hochschulzugangssatzung und
2. der Nachweis von Deutschkenntnissen mindestens der Niveaustufe B2 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen bei Studienbewerberinnen und Studienbewerbern, die ihre Hochschulzugangsberechtigung nicht in deutscher Sprache erworben haben.“

5. § 9 wird wie folgt geändert:

- a) In Abs. 1 wird der Passus „Schriftliche und mündliche“ gestrichen.
- b) In Abs. 2 wird nach dem Wort „Prüfungstermine“ der Passus „, die jeweilige Prüfungsform, soweit nicht im Anhang vorgegeben,“ eingefügt.
- c) In Abs. 3 wird der Passus „durch Anschlag“ gestrichen.

6. § 14 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

- a) Satz 1 wird durch folgende Sätze 1 und 2 ersetzt:

„¹Die Inanspruchnahme von Schutzfristen des Mutterschutzgesetzes (MuSchG) ist zu gewährleisten. ²Auf Antrag ist die Inanspruchnahme der Elternzeit nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG) sowie der Zeiten für die Pflege einer oder eines nahen Angehörigen im Sinn von § 7 Abs. 3 des Pflegezeitgesetzes (PflegeZG), die oder der pflegebedürftig im Sinn der §§ 14, 15 des Elften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XI) ist, zu gewährleisten.“

- b) Der bisherige Satz 2 wird Satz 3.

7. In § 17 Abs. 4 Satz 3 wird die Ziffer „8“ durch das Wort „vier“ ersetzt.

8. § 19 wird wie folgt geändert:

- a) Abs. 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Jede nicht bestandene Teilprüfung kann innerhalb der Frist des § 18 mehrmals wiederholt werden.“

- b) Abs. 2 wird aufgehoben und Abs. 3 bis 5 werden zu Abs. 2 bis 4.

9. In § 20 wird der Passus „und die noch fehlenden Prüfungsleistungen“ gestrichen.
10. In § 21 Abs. 2 Satz 2 wird der Passus „Bayerisches Verwaltungsverfahrensgesetz“ durch den Passus „BayVwVfG“ ersetzt.
11. In § 23 wird folgender Abs. 5 angefügt:
- „(5) ¹Wird eine Täuschung in Form eines Plagiats festgestellt, wird die Prüfungsleistung mit „nicht ausreichend“ bewertet. ²Der Plagiatsvorwurf ist gerechtfertigt, wenn der Prüfungskandidat versucht hat, das Ergebnis der Prüfung in einer für ihn günstigen Weise dadurch zu beeinflussen, dass er es unterlassen hat, von anderen Autoren wörtlich übernommene Stellen und auch sich an die Gedankengänge anderer Autoren eng anlehrende Ausführungen seiner Arbeit besonders zu kennzeichnen. ³Die Feststellung wird von der jeweiligen prüfenden oder Aufsicht führenden Person getroffen und aktenkundig gemacht. ⁴In schwerwiegenden Fällen oder im Wiederholungsfall kann die gesamte Prüfung für nicht bestanden erklärt und in besonders schweren Fällen auch das Recht der Prüfungswiederholung aberkannt und die gesamte Prüfung für endgültig nicht bestanden erklärt werden. ⁵Die Entscheidung hierüber trifft der Prüfungsausschuss. ⁶Bei der Entscheidung über die Zumessung der Sanktion ist im Einzelfall sowohl die Quantität des Plagiats als auch dessen Bedeutung für die Arbeit zu bewerten.“
12. Der Anhang wird wie folgt geändert:
- a) In „Tabelle 2: Module im Bereich Grundlagen der Ingenieurwissenschaft“ erhält das Modul „KF Konstruktion“ in der Spalte Prüfung/Notengewicht % folgende Fassung:
- „Portfolioprüfung: Schr. Pr. (240 min, 100%) in KF1 und Testate in KF2“
- b) „Tabelle 3: Module im Bereich Grundlagen der Materialwissenschaft und Werkstofftechnik“ wird wie folgt geändert:
- aa) Das Modul „KE Keramiken“ erhält in der Spalte Prüfung/Notengewicht % folgende Fassung:
- „Portfolioprüfung: Schr. Pr. (105 min, 100 %) oder Teilprüfung 60 min KE1+KE2 und 45 min KE3 (Notengewicht gemäß LP), Testate und Praktikumsberichte“
- bb) Das Modul „KR Kristallographie und Festkörperchemie“ erhält in der Spalte Prüfung/Notengewicht % folgende Fassung:
- „Schr. Pr. (120) min oder Teilprüfungen 60 min KR1 und 60 min KR2 (Notengewicht gemäß LP)“

- cc) Das Modul „ME Metalle“ erhält in der Spalte Prüfung/Notengewicht % folgende Fassung:

„Portfolioprüfung: Schr. Pr. (90 min, 100 %) oder Teilprüfung 45 min Konstitutionslehre I und 45 min Metallische Halbzeuge (je 50 %), Testate und Praktikumsberichte“

§ 2

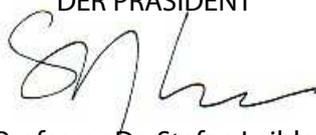
¹Diese Satzung tritt am 26. Juli 2019 in Kraft. ²Abweichend von Satz 1 tritt § 1 Nr. 12 ab dem 1. Oktober 2019 in Kraft.

Ausgefertigt auf Grund des Beschlusses des Senats der Universität Bayreuth vom 26. Juni 2019 und der Genehmigung des Präsidenten der Universität Bayreuth vom 24. Juli 2019, Az. A 3375/7 - I/1a.

Bayreuth, 25. Juli 2019



UNIVERSITÄT BAYREUTH
DER PRÄSIDENT


Professor Dr. Stefan Leible

Diese Satzung wurde am 25. Juli 2019 in der Hochschule niedergelegt.

Die Niederlegung wurde am 25. Juli 2019 durch Anschlag in der Hochschule bekannt gegeben.

Tag der Bekanntmachung ist der 25. Juli 2019.